

ANFRAGE von Martin Farner (FDP, Stammheim)

Betreffend Besetzung der Chalberhau: Rechtsfreier Raum?

Bis vor einigen Tagen besetzten wild campierende Personen ein Waldstück im Gebiet der Chalberhau. Bei Behörden- und Medienkontakten vermummten sie ihr Gesicht. Die Besetzung fand auf dem Areal der politischen Gemeinde Rümlang statt, welche die Besetzung nicht bewilligt hat. Als Eigentümerin des Waldstücks ist auch die Huben Holzkooperation mit der Besetzung offensichtlich nicht einverstanden. Mittlerweile wurde das Areal durch die Polizei geräumt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Aktion der BesetzerInnen? Erachtet er zivilen Ungehorsam als wirkungsvolles Mittel, um auf Anliegen aufmerksam zu machen?
2. Steht und stand der Regierungsrat in Kontakt mit EigentümerInnen, Behörden und Besetzenden? Welche Rollen nimmt er dabei ein?
3. Welche Gesetze sind durch die Aktion der BesetzerInnen verletzt und welche Rechtsmittel sieht der Regierungsrat, um das Eigentum der Waldbesitzer angemessen zu schützen? Ist er gewillt, die Rechte der Eigentümer zu schützen, und wie setzt er sich für deren Rechte aktiv ein?
4. Hat der Regierungsrat eine Vorstellung von etwaigen materiellen Schäden, welche der Huben Holzkooperation durch die unbewilligte Nutzung entstehen? Wer haftet für die entstandenen Schäden?
5. Wer trägt die Kosten für Räumung des Waldstückes und die nachträglichen Aufräumarbeiten? Kann der Regierungsrat die Höhe der Kosten für Polizeieinsätze, die während der Besetzung, während der Räumung und nach der Räumung durch Kontrollen entstanden sind, beziffern. Wer muss diese Kosten tragen?
6. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, ob auch der Gemeinde und der Waldeigentümerschaft Kosten entstanden sind? Wer trägt diese Kosten?
7. Die Nutzung von Wald ist durch kantonales und eidgenössisches Recht umfassenden Nutzungsbeschränkungen unterworfen. Gibt es aus Sicht des Regierungsrates durch die Besetzung Verletzungen von Wald, Tier- aber auch Umweltrecht? Hat sie in diesem Zusammenhang auch Rücksprache mit der Fachstelle Naturschutz genommen?

Martin Farner